

# Viele Stimmen für „maßvolle Erweiterung“

Info-Abend der Ortsverbände und Stadtratsfraktionen von FRB, CSU und SPD zum Ratsbegehren am 7. Juli und zum geplanten Bauvorhaben

HERSBRUCK (ap) – „Der Preis ist zu hoch“, sollte die Erweiterung von Geru-Plast scheitern. Diese Meinung erläuterte Peter Uschalt, Vorsitzender der CSU Altsittenbach, beim Info-Abend der Ortsverbände und Stadtratsfraktionen von FRB, CSU und SPD über das Ratsbegehren.

Uschalt betonte vor einem voll besetzten Innenhof des Hirtenmuseums, dass es bei den Bauplänen am Altsittenbacher Ortsrand „nicht nur um eine maßvolle Erweiterung“ gehe, sondern um Hochwasserschutz, 50 bis 70 neue Arbeitsplätze und den Erhalt der Firma: Sie müsse expandieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Alternativen zum vorgeschlagenen Standort seien geprüft worden, Verlagerung und Werk II andernorts in der Stadt hält Uschalt für ausgeschlossen – Stichworte: Schwerlastpendelverkehr und Lebensqualität. Zudem dürfe man auch die soziale Verantwortung nicht vergessen: „400 Bürger leben von Geru-Plast.“

Er wie Moderator Robert Ilg machten deutlich, dass sich andere Orte um ein solches Unternehmen reißen würden: „Die Konkurrenz der Kommunen ist da.“ Drei Bürgermeister hätten Firmenchef Gerd Ruderich bereits Angebote unterbreitet, so Uschalt. Fiele das Werk weg, würde Geld im Stadtsäckel fehlen. Dieser Mangel könne nur über das Eindampfen freiwilliger Leistungen wie Stadtbücherei, Freibad, Stadtbuss und Hirtenmuseum kompensiert werden, erklärte Uschalt.

Dass die Stadt in Sachen Fläche wenig Spielraum habe, hob Planer Guido Bauernschmitt vom „Team 4“ anhand des regionalen Gewerbeflächenkonzepts des Landkreises hervor. Er unterstrich, dass die Entwicklung des Bebauungsplanes im Rahmen der rechtlichen Normen erfolgt sei; über 30 Behörden seien beteiligt. Als Beispiel nannte er den Lärmschutz, der einer DIN-Norm gerecht werden muss: „Die Regelungen für den Anwohnerschutz sind sehr streng.“ Eine StraÙe darf vier Dezibel lauter sein als ein Gewerbe.

Zusammenfassend, aber dennoch genau gab Bauernschmitt ei-



Guido Bauernschmitt erläuterte das Vorgehen bei den Planungen anhand von Bildern.

Foto: A. Pitsch

nen Einblick in das Vorgehen – angefangen von einer Bestandsaufnahme über Kartierungen bis hin zur artenschutzrechtlichen Prüfung, die keine Kompensationsmaßnahmen einfordert, so der Planer. Er ließ zudem verlauten, dass es von Seiten der Familie Ruderich ein positives Signal gebe, die maximale Höhe von 19 Metern sowie die Fläche, auf der in dieser Höhe gebaut wird, noch zu verringern. Zur Landschaft hin, also Richtung Kühnhöfen, werde der Bau zehn Meter hoch.

Ein Anliegen war Bauernschmitt die Begründung mit heimischen Pflanzen nach Osten hin sowie die Streuobstwiese als Ausgleichsfläche mit 2720 Quadratmetern; diese sei somit fast 1000 Quadratmeter größer als die bestehende Ausgleichsfläche, die dem Bau weichen müsse. Ebenfalls um versiegelte Fläche zu kompensieren, entstehe eine Aue am Sittenbach mit breiterem Lauf des Rauschelbachs und Mulden für Hochwasser.

Insgesamt werden beim Projekt 0,87 Hektar verbaut, rechnete Bau-

ernschmitt vor. Er könne daher mit Überzeugung sagen, dass dieser Plan die ökologisch beste und flächensparende Lösung ist. Von einer kompletten Verlagerung des Betriebs „halte ich nichts“ – Stichworte: Abriss, Neubau, Ressourcenverschwendung. Er plädierte für die kleinflächige Erweiterung vor Ort.

## Die Kombi macht's

Wie auch die Industrie- und Handelskammer. Der Vorsitzende des Hersbrucker Gremiums, Swen Heckel, fand, dass Geru-Plast ein Beispiel für ein generelles Thema sei: Eine Stadt könne ihre Attraktivität nur durch die Kombination von sozialem Leben und Wirtschaft erhalten. Und die Unternehmen könnten sich keinen Stillstand leisten. Heckel sprach sich daher für eine nachhaltige Entwicklung aus, zum Beispiel im Sinne kurzer Arbeitswege.

Warum die IHK Mittelfranken das Vorhaben positiv bewertet, stellte Martina Stengel dar. Oberste Prämisse für Stellungnahmen der IHK sei das gesamtwirtschaft-

liche Interesse. Und Arbeiten, Wohnen, sich Versorgen sowie Leben finde eben auf der Fläche statt: „Sie verschwindet nicht, sondern wird genutzt.“ Auch Stengel hält eine Neuansiedlung für einen Eingriff in intakte Natur. Den geringeren FlächenfraÙ, Arbeitsplätze, kurze Arbeitswege und den Wohlstand der Kommune, von dem die Bürger profitieren, sieht die IHK als positiv an, so Stengel.

Auch das „Wirtschaftsforum steht mit großer Mehrheit hinter dem Ratsbegehren“, sagte Vorsitzender Kai Schmidt. Warum? „Weil diese Mitarbeiter unsere Kunden sind.“ Außerdem brauche die Stadt in Zukunft große Firmen, die in Hersbruck investieren. Die aktuelle Entwicklung schrecke diese aber ab.

Persönliche Anfeindungen wegen Panikmache in Sachen Strompreis musste Harald Kiesel von der Hewa erfahren, erzählte er. Doch er wolle eben Wirkzusammenhänge in der kommunalen Daseinsvorsorge nicht verschweigen. Bau und Unterhalt der Infrastruktur im Boden kosten Geld, was auf die So-

lidargemeinschaft umgeschlagen wird. Wenn nun ein großer Abnehmer wegfalle, würden die Kosten anders verteilt; der Strompreis pro Kilowattstunde erhöhe sich um ein paar Cent. Kiesel warb für ein „Ja“ zum Ratsbegehren, „um langfristig die Kosten für die kommunale Infrastruktur in den Griff zu bekommen“.

Den Umgang miteinander kritisierten auch die beiden Fraktionsvorsitzenden Götz Reichel (CSU) und Stephan Krimm (SPD). Reichel sagte, dass der Bürgerentscheid, „den wir nicht gewollt haben“, rund 50 000 Euro kostete. Er wie auch Jürgen Amann (FRB) betonten, dass der Beschluss im Bauausschuss für das Projekt im April 2018 einstimmig gefallen war – also mit Zustimmung der Grünen, weil die Lösung an der Kühnhöfener StraÙe der geringere Einschnitt sei, zitierte Reichel.

Amann sprach zudem die fehlende Kompromissbereitschaft der BI an und zählte auf, dass in Laut vier Hektar für Thomas Sabo, 1,1 Hektar für den Bauhof und 1,3 Hektar für einen Betrieb in Dehnberg ohne Einwände des BN gerodet und versiegelt wurden. Er stellte klar, dass nach der Erweiterung von Geru-Plast dort „nicht weiter gebaut werden“ könne. Krimm griff die überall präsente Stärkung des ländlichen Raums auf, die alle haben wollen; dazu passe das Bürgerbegehren aber nicht. Auf dem BI-Flyer sei zu lesen, dass mit dem Bau ein Stück Heimat verloren gehen würde. Krimm fragte daher, ob nicht auch ein sicherer Arbeitsplatz ein Stück Heimat sei.

Altbürgermeister Wolfgang Plattmeier warf einen Blick auf die vergangenen Bürgerentscheide zum Hans-Böckler-Haus als Tagungszentrum und zum Gewerbegebiet Krötensee. Gerüchte über Scientology und eine Kaufland-Ansiedlung hätten sinnvolle Projekte zunichte gemacht. Hotel, B14-Anbindung und Unterführung zur Haid würden sich heute viele wünschen. Plattmeier sieht die aktuelle Gefahr, dass die BI die Gemeinschaft spaltet, in der sie leben will. Applaus brandete auf. „Ich bin für einen Bürgerentscheid, wenn Bürger beim Kreuzchenmachen das Gemeinwohl im Blick haben.“